

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Frau Eid, Frau Rust, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990**

**hier: Einzelplan 23**

**Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5569, 11/5581 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, aufgrund der folgenden Feststellungen die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit El Salvador unverzüglich und vollständig einzustellen.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach Amtsantritt Präsident Cristianis von der rechtsextremen ARENA-Partei am 1. Juni 1989 und nach zahlreichen und anhaltenden Protesten einer breiten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland hat der Deutsche Bundestag am 23. Juni 1989 die Bundesregierung aufgefordert, „daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador abhängig gemacht wird von der Einhaltung der Menschenrechte in El Salvador, der demokratischen Entwicklung in El Salvador und der Unterstützung des zentralamerikanischen Friedensprozesses durch die Regierung von El Salvador“.

Bei einer Anhörung vor dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 25. Oktober 1989 vertrat der als Experte geladene Jesuitenpater Ignacio Ellacuria, drei Wochen vor seiner Ermordung durch die salvadorianischen Militärs, die Auffassung, die bilaterale staatliche Entwicklungshilfe sollte mit Bedingungen versehen sein, und zwar in Bezug auf die Menschenrechtssituation „dergestalt, daß die Hilfe zurückbehalten würde, wenn nach einer Auswertung aller sechs Monate sich keine fortwährende und bemerkenswerte Verbesserung feststellen läßt“.

Nachdem nun die ARENA-Regierung genau sechs Monate im Amt ist, läßt sich feststellen: die in der Bundestagsresolution genannten Bedingungen wurden und werden von der ARENA-Regierung nicht erfüllt, es ist auch nicht zu erwarten, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern wird:

Die zwei Verhandlungsrunden zwischen der Regierung und der FMLN in Mexico (13. bis 15. September 1989) und San José (16. bis 18. Oktober 1989) verliefen praktisch ergebnislos und erfüllten in keiner Weise die Erwartungen der Bevölkerung. Die Regierungsdelegation war nicht mit ausreichenden Verhandlungsvollmachten ausgestattet. Sie blockierte mit Verfahrensfragen und mit der Forderung nach der de facto-Kapitulation der FMLN als Voraussetzung für weitere Zugeständnisse die Diskussion über die inhaltlichen Forderungen der FMLN, die von den Kirchen, Gewerkschaften, Bauernorganisationen und anderen sozialen Kräften breit unterstützt wurden: Stopp der staatlichen Repression und Menschenrechtsverletzungen, Reform des Justizapparats, Verurteilung der Todesschwadronen und Mörder Bischof Romero, Weiterführung der Agrarreform, Wirtschaftsreformen zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit.

Die Regierung nutzte den Dialog, den sie in monatlichen Runden fortzuführen versprach, offensichtlich, um Zeit zu gewinnen, ihre Macht im Innern und die totale Kontrolle der Bevölkerung zu stabilisieren und gleichzeitig ihr internationales Prestige zu verbessern. Währenddessen gingen – weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit, die derzeit vor allem die Entwicklungen im Osten wahrnimmt – die gezielte und staatlich gelenkte Repression gegen die legale Opposition im Land weiter. Am 8. November wurden in Sonsonate neun Campesinos, darunter drei Aktivisten der Sozial-Christlichen Volksbewegung MPSC, brutal gefoltert und ermordet. Am Tag nach dem Dialogtreffen in San José, am 19. Oktober, gab es Bombenanschläge gegen die Wohnungen der Oppositionspolitiker Rubén Zamora (MPSC) und Aronette Diaz (UDN), bei denen es nur zufällig keine Todesopfer zu beklagen gab. Am 31. Oktober starben schließlich bei einem Bombenanschlag auf das Gewerkschaftsbüro von FENASTRAS zehn Menschen, darunter mehrere bekannte Gewerkschaftsführer.

Die fortdauernde Repression und vor allem das Attentat gegen die Gewerkschafter waren der Auslöser der am 11. November von der FMLN in der Überzeugung begonnenen Offensive, nur noch militärischer Druck könne Regierung und Militär zu ernsthaften Verhandlungen zwingen. Gleichzeitig suchte die FMLN vor und während der Offensive aktiv die diplomatische Vermittlung von OAS, UNO und mehreren Regierungen, um möglichst bald zu Vereinbarungen über einen Waffenstillstand und wirklichen Verhandlungen zu kommen, die vorrangiges Ziel der Offensive blieben.

Die Reaktion von Regierung und Armee auf den unerwarteten Angriff der FMLN beinhaltet härteste Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung und zeigt ihre Entschlossenheit, die Gelegenheit zu nutzen, um endlich mit einem Vernichtungskrieg gegen die gesamte Opposition vorzugehen:

- Tag und Nacht wurden die dicht besiedelten Arbeiterviertel der Hauptstadt und anderer Städte, vor allem San Miguel, aus der Luft mit elektronischem Maschinengewehrfeuer, Mörsergranaten, Raketen und Brandbomben bombardiert.

- Die Armee riegelte ihrerseits die Arbeiterviertel mit Stacheldraht zum Stadtzentrum hin ab und ließ weder Krankenwagen noch Rettungspersonal in die Kampfzonen hinein. Sie lehnte mehrfach sowohl Angebote der FMLN als auch Bitten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz nach einer mehrstündigen Waffenruhe zur Evakuierung der Verletzten und Toten ab.
- Sämtliche Medien wurden gleichgeschaltet und nur noch Nachrichten der Armee verbreitet. Über Radio- und Fernsehsender wurden Mitglieder der Volksorganisationen, Oppositionspolitiker und auch die Jesuiten der Zentralamerikanischen Universität (UCA) als Kommunisten diffamiert und mit dem Tod bedroht. Auch in- und ausländische Journalisten, die sich nicht an die Zensur hielten, wurden bedroht.
- Militär und Todesschwadronen begannen, die Stadtteile unter ihrer Kontrolle nach Oppositionellen zu durchsuchen, um sie zu verhaften oder zu ermorden. Büros der Volksorganisationen, z. B. der UNTS, FEASIES und COMADRES, wurden verwüstet. Seit einer letzten Erklärung eines breiten Oppositionsbündnisses vom 13. November sind fast alle bekannten Leitungsmitglieder von Volksorganisationen, Menschenrechtsgruppen und Kirchen praktisch untergetaucht. Wegen der ernstzunehmenden Morddrohungen können sie nicht mehr öffentlich agieren. Am 12. November wurde der Generalsekretär der Gewerkschaft Wasserwerke (SETA), Rodolfo Andrés Prieto, ermordet aufgefunden. Am 13. November wurde Norma Herrera, Leiterin eines Frauenforschungsinstituts der Nationaluniversität, aus ihrem Haus verschleppt und ermordet. Weltweites Entsetzen riefen am 16. November die kaltblütige Ermordung der sechs Jesuiten, darunter P. Ignacio Ellacuria, ihrer Hausangestellten und deren Tochter hervor, wofür Bischof Rivera y Damas und der Jesuitenorden das Militär verantwortlich gemacht haben. Am Tag ihrer Beerdigung erklärte Rivera y Damas, es sei zu befürchten, daß weitere Attentate gegen Mitarbeiter von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen folgen. Er selbst und Weihbischof Rosa Chavez erhielten am 18. November eine staatliche Morddrohung, als Generalstaatsanwalt Colorado in einem Brief den Vatikan bat, „gewisse Bischöfe“ aus El Salvador abzuziehen, da große Sektoren der Öffentlichkeit den Bischöfen die Schuld am Bürgerkrieg gäben und man nicht gewährleisten könne, daß sie nicht ebenso wie die Jesuiten ermordet würden. Inzwischen wurde auch der Wohnsitz der Bischöfe durchsucht von Sicherheitskräften und Archive des Erzbistums verbrannt.
- Zahlreiche internationale Mitarbeiter der Kirchen, humanitärer Organisationen, Ordensleute der Dominikaner und Jesuiten wurden in den vergangenen zwei Wochen von Militär und Polizei mit dem Tod bedroht, verhaftet und/oder des Landes verwiesen, darunter auch sechs bundesdeutsche Mitarbeiter der Lutherischen Kirche am 17. November und am 20. November sechs Mitarbeiter der Internationalen Friedensbrigaden, darunter drei Spanier.

Die FMLN hat sich nach der Belagerung des Sheraton-Hotels und des Nobel-Viertels Escalón (das im Unterschied zu den Armenvierteln nicht von der Armee bombardiert wurde) seit dem 22. November weitgehend aus dem Stadtgebiet zurückgezogen. Um weiteres Blutvergießen, weitere Zerstörungen und Verfolgung der Opposition zu vermeiden, erneuerte die FMLN in ihrer Erklärung vom 22. November ihren Verhandlungswillen mit Regierung und Armee, um zu einer politischen Lösung und Beendigung des Krieges zu kommen. Sie erklärte sich bereit zu einem sofortigen Waffenstillstand, der von der UNO überwacht würde.

Die Regierung hat am 23. November mit großem Zynismus auf das Angebot reagiert: sie fühle sich davon nicht angesprochen, da es ja an die Bevölkerung und an die internationale Gemeinschaft gerichtet sei.

Das Militär – allen voran Luftwaffenchef Bustillo – hat in den von ihm kontrollierten Medien Verhandlungen mit der FMLN bislang strikt abgelehnt und sich für eine militärische Lösung ausgesprochen.

Am 26. November wurden von Präsident Cristiani die diplomatischen Beziehungen mit Nicaragua abgebrochen mit der Begründung, von dort würden weiterhin Waffen an die FMLN geliefert. Er sagte außerdem seine Teilnahme an dem für Dezember geplanten Gipfeltreffen der zentralamerikanischen Präsidenten ab. Unabhängig davon, ob es sich bei dem als Auslöser der Maßnahme geltenden abgeschossenen Flugzeug tatsächlich um Waffenlieferungen aus Nicaragua für die FMLN handelt – dies konnte von unabhängigen Institutionen bislang nicht eindeutig geklärt werden – ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen eine überzogene Reaktion der Cristiani-Regierung, eine Absage an den zentralamerikanischen Friedensprozeß und offenbar ein Versuch, die internationale Aufmerksamkeit wieder stärker von El Salvador weg auf Nicaragua zu lenken.

All dies zeigt:

- daß die Macht in El Salvador in den Händen der von den USA abhängigen Streitkräfte liegt;
- daß Militär und Regierung kein Interesse an einer politischen Verhandlungslösung haben;
- daß die Streitkräfte den Krieg weiterführen wollen als Vernichtungskrieg gegen die gesamte demokratische Volksbewegung;
- daß damit die Regierung und Streitkräfte El Salvadors den mittelamerikanischen Friedensprozeß sabotieren.

Der Deutsche Bundestag schließt sich deshalb dem Urteil der kirchlichen Hilfswerke in ihrem „Öffentlichen Aufruf für einen Waffenstillstand in El Salvador“ vom 21. November 1989 an, in dem es heißt, „daß es sich in El Salvador nicht mehr allein um einen Krieg der Regierung gegen eine Befreiungsbewegung handelt, sondern um die Eliminierung der Kräfte, die für den so bitter benötigten gesellschaftlichen Wandel eintreten“.

Um die Forderung nach Beendigung der Kämpfe und Aufnahme ernsthafter Verhandlungen, nach dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Einhaltung der Genfer Konventionen, nach Einstellung der Menschenrechtsverletzungen und Weiterführung des regionalen Friedensprozesses nachdrücklich zu unterstützen, stellt die Bundesregierung ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador bis auf weiteres ein.

Bonn, den 27. November 1989

**Frau Eid**

**Frau Rust**

**Volmer**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**





